



Rat der
Europäischen Union

112524/EU XXV.GP
Eingelangt am 22/07/16

Brüssel, den 15. Juni 2016
(OR. en)

9518/16
ADD 1

PV/CONS 28
ECOFIN 511

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3468.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**) vom 25. Mai 2016 in Brüssel

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 8996/16 PTS A 39)

1. Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung..... 3
2. Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem im Hinblick auf die Dauer der Verpflichtung, einen Mindestnormalsatz einzuhalten 3
3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (Neufassung) [erste Lesung] 3

B-PUNKTE (Dok. 8995/1/16 REV 1 OJ CONS 27 ECOFIN 401)

3. Paket zur Bekämpfung der Steuervermeidung 4
 - Vorschlag für eine Richtlinie des Rates mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts
4. Sonstiges 4
 - Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

7148/16 FISC 39 ECOFIN 231

- + COR 1 (de)
- + COR 2 (cs)
- + COR 4 (de)
- + REV 1 (hr)
- + REV 2 (sl)

Der Rat nahm die Richtlinie des Rates in der in Dokument 7148/16 wiedergegebenen Fassung an. (Rechtsgrundlage: Artikel 113 und 115 AEUV)

2. Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem im Hinblick auf die Dauer der Verpflichtung, einen Mindestnormalsatz einzuhalten

5931/16 FISC 16 ECOFIN 75

- + COR 1 (de)

Der Rat nahm die Richtlinie des Rates in der in Dokument 5931/16 wiedergegebenen Fassung an. (Rechtsgrundlage: Artikel 113 AEUV)

3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (Neufassung) [erste Lesung]

PE-CONS 6/16 ACP 24 WTO 28 UD 19 CODIF 6 CODEC 150

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 207 Absatz 2 AEUV)

B-PUNKTE

3. **Paket zur Bekämpfung der Steuervermeidung**

- **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts**

= Allgemeine Ausrichtung

9431/16 FISC 83 ECOFIN 498

9432/16 FISC 84 ECOFIN 499

Der Rat führte eine Aussprache über das Dossier. Dabei konnte die Zahl der wichtigsten noch offenen Fragen verringert werden, die im Hinblick auf eine abschließende politische Einigung über dieses Dossier auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Juni 2016 noch zu klären waren. Der Text, der während der Tagung an die Minister verteilt wurde, ist in Dokument 9520/16 wiedergegeben.

4. **Sonstiges**

- **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**

= Informationen des Vorsitzes

8886/16 ECOFIN 394

Der Rat nahm Kenntnis vom Sachstand in Bezug auf die Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen.
